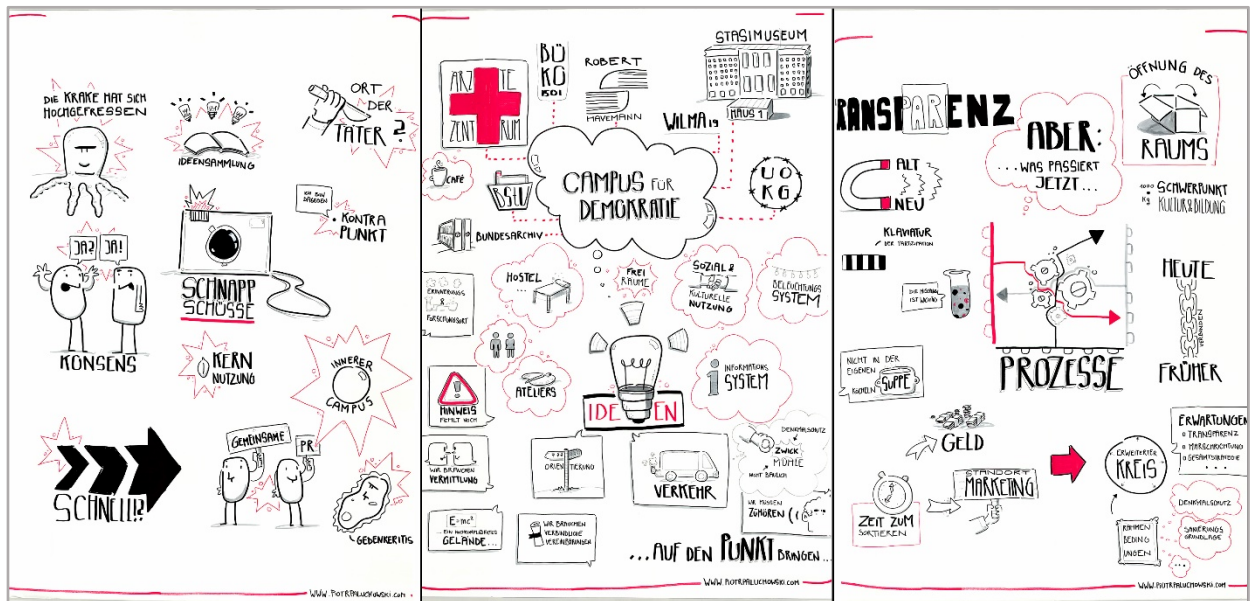


Campus für Demokratie



Dokumentation der 2. Standortkonferenz
am 24. September 2018, 10.00 bis 14.30 Uhr
Ruschestraße 103, 10365 Berlin, Haus 1

Auftraggeber: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Referat IV B
Verfasser: Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG

Einleitung

Im August 2017 fand die 1. Standortkonferenz zur Zukunft des Blockes der Zentrale des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR statt. Sie war der Einstieg in einen nunmehr intensiven Planungsprozess. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat am 22. März 2018 unter der Überschrift, "Campus für Demokratie in Lichtenberg auf den Weg bringen" beschlossen, das ehemalige MfS-Areal als "Ort der Erinnerung, des Gedenkens, der historischen Forschung und der politischen Bildung" zu entwickeln". Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenStadtWohn) hat auf dieser Grundlage im Sommer 2018 ein Standortmanagement eingerichtet, um die Interessen der verschiedenen ansässigen Institutionen und der Eigentümer*innen der Immobilien auf dem Campus zu bündeln, ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten und die Umsetzung vorzubereiten. Daneben soll die Werbung für den Ort und die Kennzeichnung der verschiedenen Gebäude verbessert werden.

Zur 2. Standortkonferenz am 24. September 2018 begrüßt Senatorin Katrin Lompscher die Teilnehmenden. Erstmals werden nun auch private Eigentümer*innen und die auf dem Gelände ansässigen Aufarbeitungs- und Opferverbände in den Prozess einbezogen. Somit können der Informationsaustausch und die Beratung über weitere Ziele und Projekte nachhaltig intensiviert werden. Die Diskussion über Ziele und Verfahren zur Entwicklung des Campus soll möglichst transparent und offen "auf Augenhöhe" stattfinden.

Bezirksbürgermeister Michael Grunst betont die Notwendigkeit eines gemeinsamen historischen Verständnisses für den Ort und tragfähiger, wie möglichst einvernehmlicher Ziele aller Beteiligten. Der Standort muss stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden, um ihn mit mehr Leben zu füllen und die Botschaft des "Campus für Demokratie" deutlich nach außen zu tragen.



Bild 1: Michael Grunst, Katrin Lompscher, Udo Dittfurth, Roland Jahn



Bild 2: Auditorium

Vorstellung Standortmanagement, Gremien- und Beteiligungsstruktur

Standortmanagement

Aufgaben des seit August 2018 tätigen Standortmanagements sind:

- Prozesssteuerung
- Projektkommunikation und Kooperation
- Standortmarketing, Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation
- Flächenmanagement

Das Standortmanagement ist Ansprechpartner für Akteure und Öffentlichkeit und unterstützt diese aktiv bei eigenen Planungen und Vorhaben. Das Standortmanagement ist vor Ort präsent (Vor-Ort-Büro im Haus 7, R. 232) und kann wie folgt kontaktiert werden: standortmanagement-campus@plangemeinschaft.de, Udo Dittfurth, Tel. 030-885 914-31, Vor-Ort-Büro 2324 6546

Weitere Mitarbeiter des Teams sind Thomas Krahl, Dirk Maier und Dirk Spender.

Gremien- und Beteiligungsstruktur

Die Entwicklung des Campus bedarf unterschiedlicher Beteiligungs- und Abstimmungsformate, um viel Wissen einzubeziehen und öffentliche und private Ziele möglichst in Einklang zu bringen. Ergänzend zu den "großen Formaten" für die Öffentlichkeit und Akteure sowie die Strukturen für die regelmäßige Arbeit und Abstimmung, soll über zwei Beiräte gewährleistet werden, dass sowohl die räumliche Entwicklung des Areals, als auch die inhaltliche Ausrichtung des Leitbildes "Campus für Demokratie" von den jeweils fachlich sachkundigen Experten eng begleitet und qualitativ umfassend durchdacht wird.

Im Projektbeirat sollen standort- und objektbezogene, im Fachbeirat programmatische Inhalte und Themen eingebracht werden, die den Prozess der Standortentwicklung maßgeblich prägen sollen. Auch das Standortmanagement wird durch sie beraten und erhält die Möglichkeit, die Entwicklungsvorschläge gegenseitig zu spiegeln.

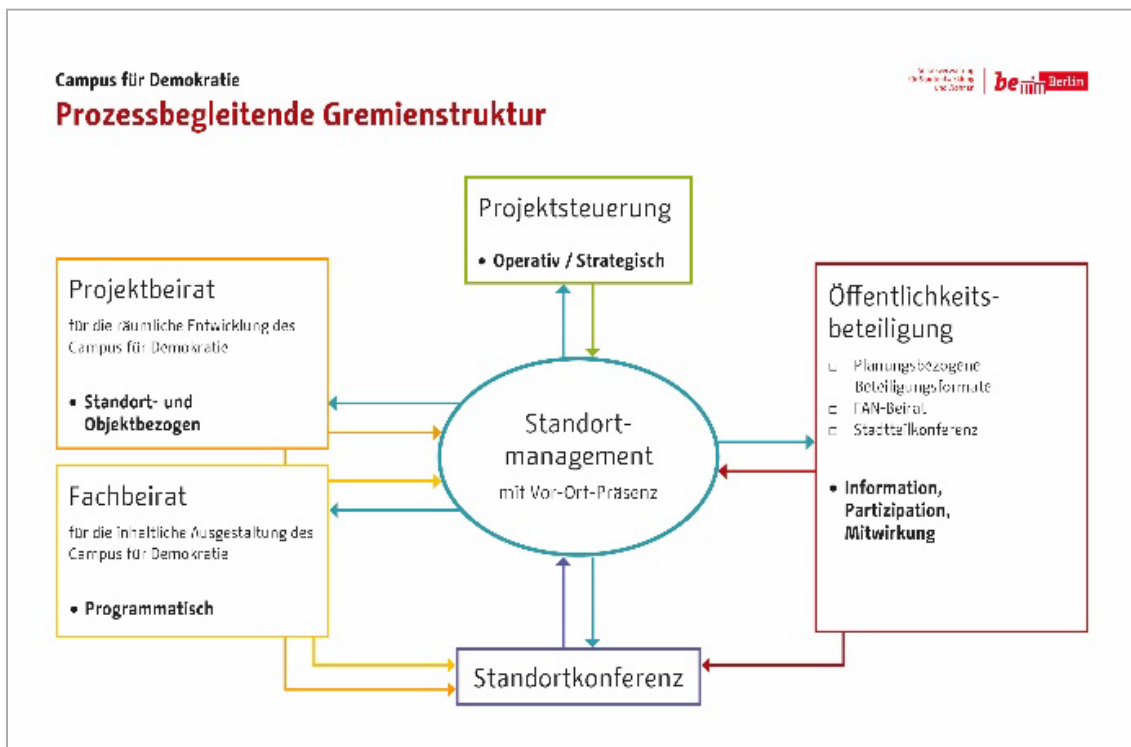


Bild 3: Gremienstruktur

1 Vorstellung der Schlüsselakteure und ihrer Planungen

Im Vorfeld der 2. Standortkonferenz wurden alle öffentlichen und privaten Eigentümer*innen und relevante Nutzer*innen nach ihren gegenwärtigen Aktivitäten und den beabsichtigten Nutzungen befragt. Die Auswertung der Informationen wurde auf der Standortkonferenz vorgestellt.

Öffentliche Eigentümer*innen

Der Bund plant die Konzentration seiner Aktenbestände aus den Beständen des Bundesarchivs bzw. der Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (SAPMO) auf dem Areal in Lichtenberg. Zusammen mit den schon dort befindlichen Unterlagen des Bundesbeauftragten für das Stasi-Unterlagengesetz (BStU) entstünde so ein Archivzentrum für DDR-Geschichte. Neben den Archiv-, Ausstellungs- und Magazinräumen sind auch Büros für die Mitarbeiter*innen, Lesesäle, Werkstätten und Digitalisierungszentren vorgesehen. Für die Umsetzung bedarf es umfangreicher planerischer, organisatorischer und finanzieller Klärungen.

Zugleich soll mit der Sanierung und Herrichtung des Hauses 22 ein zentrales Besucherinformations- und Veranstaltungszentrum geschaffen werden. Die angestrebten Nutzungskonditionen sollen eine breite gesellschaftliche Nutzung ermöglichen.

Das Land Berlin unterstützt das Vorhaben des Bundes. Weiterhin wird die Schaffung von Flächenangeboten für Künstler*innen geprüft. Das Finanzamt Lichtenberg ist am Standort etabliert.

Nutzer*innen (Aufarbeitungs- und Opferverbände)

Die auf dem Gelände ansässigen Aufarbeitungs- und Opferverbände streben für ihre gesellschaftlich wichtige Bildungs-/Aufklärungs- bzw. Betreuungsarbeit eine bessere Abstimmung, d.h. Schärfung ihrer jeweiligen Aufgabenprofile an, um die Ausstrahlungswirkung ihrer Arbeit weiter zu erhöhen. Das in Haus 1 etablierte Stasi-Museum ist ein zentraler Ankerpunkt mit wachsender Besucherfrequenz. Neben diesem "Ort der Täter" bietet der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) mit der Ausstellung über das Stasi-Archiv und der Freiluftausstellung im Hof über die friedliche Revolution 1989/90 wichtige Einblicke in die Strukturen und das Ende der SED-Diktatur.

Private Eigentümer*innen

Für die Häuser 15/16 sowie 18 plant die Eigentümerin unterschiedliche gewerbliche Nutzungen in den Teilgebäuden. Der anwesende Vertreter betont seine Mitwirkungsbereitschaft an der Gesamtentwicklung. Die kleinteilige, gewerblich geprägte Nutzung der Häuser 10, 25 und 26 soll nach derzeitigem Stand erhalten bleiben.

Das Ärztezentrum plant einen Neubau im Bereich des Hauses 19.3 und beabsichtigt weitere Erweiterungen.

Die Wohnnutzung in den Häusern 3,4 und 5 (Magdalenenstraße) hat Bestand. Im Zuge der Qualifizierung des Blockinnenbereichs sollte eine klarere Trennung zwischen privaten und öffentlichen Nutzungen erfolgen.

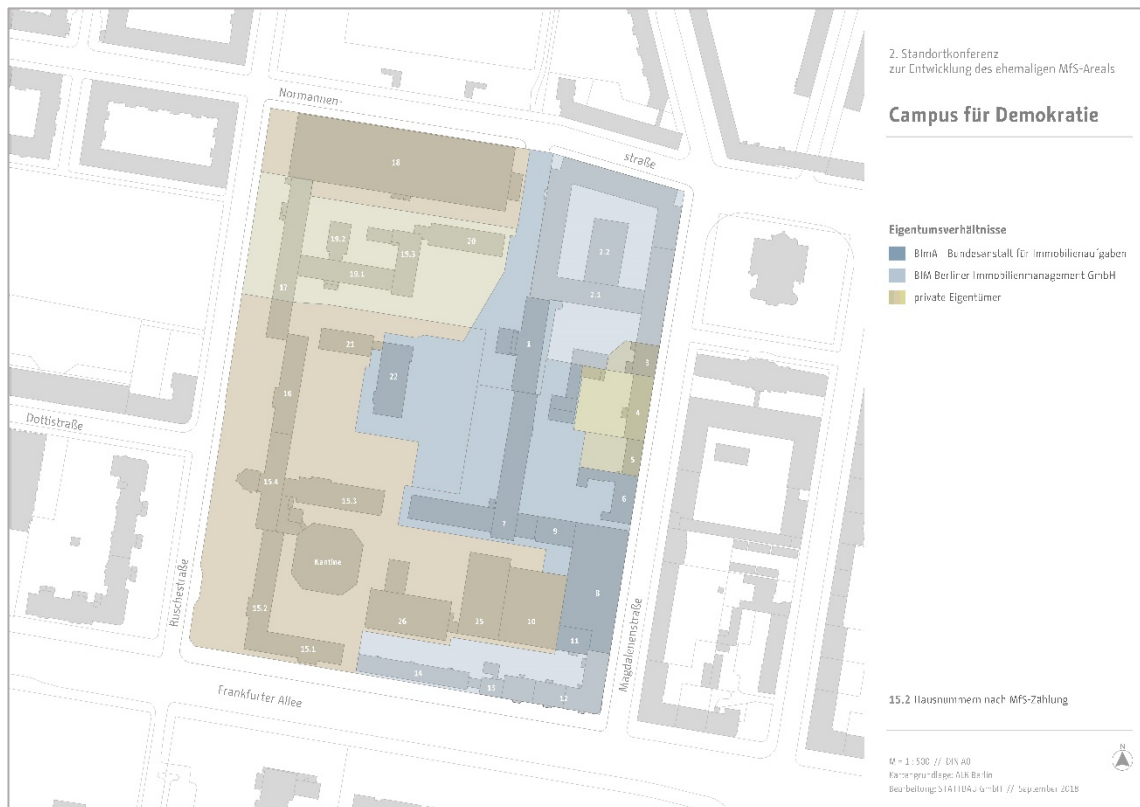


Bild 4: Eigentumsverhältnisse, Plan Stattbau GmbH

Schlussfolgerungen

Aus den Beiträgen der Eigentümer*innen und Nutzer*innen sowie dem intensiven Austausch zur Konkretisierung des Leitbildes zog das Standortmanagement für seine Arbeit zum einen den Schluss, dass der Wissensaustausch und die Abstimmung über Ziele und Projekte im Block weiter zu verbessern ist. Hier sind die geeignete Planungs- bzw. Gesprächsformate zu entwickeln. Der Anspruch, einen "Campus für Demokratie" zu schaffen, erfordert einen transparenten Entwicklungsprozess mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten. Die Idee des "Campus für Demokratie" ist weiter auszufordern. Dabei ist sowohl der Inhalt des Campus näher zu beleuchten, wie auch der räumliche Umgriff und die städtebaulich-nutzungsstrukturellen Auswirkungen. Trotz vorhandener planerischer Überlegungen dazu sind weitere konzeptionelle Grundlagen zu erarbeiten und möglichst rasch praktische, sichtbare Schritte zu gehen.

Hierzu gehören

- eine integrierte verkehrsplanerische Betrachtung des Gesamttraumes
- ein einheitliches, zunächst flexibles und ausbaufähiges Informations- und Leitsystem für den Block und das Umfeld
- eine Bestandsaufnahme erhaltenswerter Elemente.

Frau Lompscher fasste diesen Tagesordnungspunkt so zusammen: "Ich freue mich über die von Ihnen geäußerte Mitwirkungsbereitschaft am Prozess für den Campus. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam zügig zu in einer Kooperationsvereinbarung, einer "Charta" als Grundverständigung über die Entwicklung des Campus kommen".

2 Arbeitsgruppen für die Leitbildkonkretisierung

Das Ziel den Standort zu einem "Campus für Demokratie" zu entwickeln, findet bei den Beteiligten der Standortkonferenz allgemeine Zustimmung. Zugleich besteht der Bedarf der weiteren Ausformulierung hinsichtlich des genaueren Inhaltes, des räumlichen Umgriffes, der städtebaulich-nutzungsstrukturellen Anforderungen und des Verfahrens zur Erarbeitung von Zielen und deren Umsetzung in Form konkreter Projekte. Für die Konkretisierung des Leitbildes wurden in Arbeitsgruppen erste Ansätze zu noch folgenden Themen und Leitfragen erarbeitet. Das Standortmanagement wird aus ihnen den Entwurf für eine Charta entwickeln und zur Diskussion in die Gremien einbringen.

Leitidee

- Das Konzept für den Campus muss die Verbindung von der Vergangenheit in die heutige Zeit herstellen.
- Unterschiedliche Ebenen müssen berücksichtigt werden (international bis zum Kiez)
- Vielfalt und Lebendigkeit - bei Nutzungen wie den unterschiedlichen Akteuren sind sicherzustellen.

Nutzungskonzept

- Der Begriff "Demokratie" könnte auch die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland (und anderenorts) einschließen. Den inhaltlichen Auftrag für den Lernort gilt es weiter auszuformulieren.
- Art und Umfang des Bildungsangebotes sind zu präzisieren.
- Kultur, Kunst und Bildung sind keine Widersprüche, sondern Bausteine eines gemeinsamen Konzeptes, zu dem auch die Forschungsarbeit als gesellschaftlicher Betrag zählt.
- Die öffentlichen Räume, das Stadtbild und die Nachbarschaft müssen berücksichtigt werden (sowohl für jetzige als auch zukünftige Nutzer*innen).
- Ein Nutzungsmix im Block ist herzustellen.
- Die Angemessenheit von Nutzungen ist stets im Kontext des "Campus-Gedanken" ist zu bewerten.
- ÖNVP und alternative Verkehrsträger sind als Haupteinsparung zu stärken.
- Die Aufenthaltsqualität der Freiflächen ist zu erhöhen.

Städtebau und Freiraum

- Die nachhaltige Wirtschaftlichkeit von angestrebten städtebaulichen und funktionalen Lösungen ist zu bedenken.
- Alt und Neu müssen zusammenfinden (Denkmalschutz ist grundsätzlich auch offen für behutsame Umgestaltung).
- Neues muss Qualität besitzen und sich einfügen, es soll zugleich erkennbar und zweckmäßig sein.
- Anbindung und Öffnung an den Stadtraum sind zu gestalten (Grün- und Freiflächen, Beziehungen zur Stadt, Informationen zur Geschichte).



Bild 5: Aus den Arbeitsgruppen

Planungsverfahren/Kommunikation

- Es gilt, koordiniert vorzugehen statt isoliert zu handeln.
- Klarheit der Begriffe und Strukturen ist sicherzustellen (wer wird wann und wie einbezogen? Möglichkeiten und Grenzen sind erkennbar zu machen - im Sinne der Stufen des Berliner Partizipationshandbuches)
- Vertrauensvolle und transparente Zusammenarbeit ist notwendig, Konflikte sind offen zu besprechen.
- Ein Zeit- und Arbeitsplan ist zu erstellen, der auch kurz- und mittelfristige Ergebnisse sicherstellt. Es soll nicht "ewig" auf ein Gesamtkonzept gewartet werden.
- Die zeitgeschichtliche Vermittlungsarbeit muss weitergehen.
- Öffentlichkeitsarbeit zur Entwicklung und weiteren Verbreitung der Campus-Idee ist wichtig.

3 Weiteres Vorgehen

Herr Dittfurth formulierte als konkrete nächste Schritte für das Standortmanagement, wie auch für die anderen Beteiligten folgende Punkte:

- Angehen rasch umsetzbarer Maßnahmen.
- Formulierung des Entwurfes für die Charta.
- Konkretisierung der inhaltlichen Planungen für das Archivzentrum (Funktionen, Flächenbedarfe/Grundlage für Raumprogramm) durch die Institutionen des Bundes (BKM, Bundesarchiv, BStU) und des Landes (SenKultEuropa),
- Annäherung an tragfähige städtebauliche Ziele und Nutzungsdefinition für die Bauten der privaten Eigentümer*innen.
- Etablierung der geplanten Beratungsgremien Projekt- und Fachbeirat
- Vorbereitung der 3. Standortkonferenz am 4. März 2019 zur Einbeziehung der Öffentlichkeit.

4 Schlusswort

Bezirksstadträtin Frau Monteiro wünscht abschließend dem Verfahren Erfolg. Sie drückt zugleich die Erwartung aus, dass es zügig zu konkreteren Planungen und ersten Umsetzungsschritten kommt. Sie wünscht sich auch Klarheit bei der Einbeziehung der Öffentlichkeit, d.h. dem Aufzeigen von Möglichkeiten und Grenzen der Mitwirkung.